



Wer engagiert sich für betriebliche Ausbildungsplätze?

► Während der Schlussveranstaltung des 4. BIBB-Fachkongresses Ende Oktober vorigen Jahres in Berlin hat Prof. Dr. Dieter Euler zu Recht kritisiert, dass die berufliche Aus- und Weiterbildung in Deutschland im Unterschied zu anderen Bildungs- und Politikbereichen keine starke Lobby habe. Sein Wunsch war, es sollte wieder oder endlich eine überzeugende und einflussreiche Interessenvertretung für die Berufsbildung in unserem Land geben. Diese massive Forderung von Dieter Euler, die von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern in der Plenarversammlung des Kongresses mit starkem Beifall unterstützt wurde, muss heute in besonderem Maß für die betriebliche Berufsausbildung gestellt werden. Ja, es ist höchste Zeit, die Frage zu beantworten, wer sich wirklich energisch für die Erhöhung der Zahl betrieblicher Ausbildungsplätze engagiert.

Denn die betriebliche Ausbildungsplatzsituation der Jahre 2002 und 2003 ist alarmierend. Der Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung beurteilte in seiner Sitzung am 17. Dezember vorigen Jahres den erneuten Rückgang der betrieblichen Lehrstellen „mit großer Besorgnis“. In den alten Ländern ging die Anzahl der neuen Ausbildungsverträge um 33.974 oder 7,1 Prozent zurück; in den neuen Ländern sank sie um 9.310 oder 7 Prozent – und das bei einer nahezu gleichen Zahl der öffentlich finanzierten neuen Ausbildungsverträge mit rund 56.880. Für dieses Jahr und wohl auch für die nächsten Jahre, solange die Nachfrage der Jugendlichen hoch bleibt, ist keine Besserung zu erwarten, die Misere könnte sogar noch gravierender und alarmierender werden.

In diesem Vermittlungsjahr klappt die Schere gemäß den Zahlen der Arbeitsverwaltung im Vergleich zum Vorjahr zwischen den gemeldeten freien Ausbildungsplätzen und der Nachfrage der Jugendlichen nach betrieblicher Ausbildung noch dramatischer auseinander. Der öffentliche Dienst, der eigentlich mit gutem Vorbild der Wirtschaft vorangehen müsste, hat im letzten Vermittlungsjahr ein Minus von 6,3 Prozent, besonders negativ in Ostdeutschland und in Berlin

mit minus 10,1 Prozent. Aber auch der Rückgang der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zum 30. 9. 2002 in Westdeutschland mit minus 5,1 Prozent zeigt ein Nachlassen der Ausbildungsbereitschaft.

Noch schlechter sieht es bei Industrie/Handel und Handwerk aus. Die Industrie- und Handelskammern, die im Laufe des letzten Jahres optimistisch und beruhigend ein Gleichbleiben der betrieblichen Ausbildungsleistung erklärt hatten, sind bei einem Rückgang von 7,1 Prozent gelandet (minus 8,3 Prozent in Westdeutschland und minus 5,8 Prozent in Ostdeutschland und Berlin). Beim Handwerk ist in Ostdeutschland und Berlin jeder zehnte betriebliche Ausbildungsplatz weggefallen (minus 10,5 Prozent), in Westdeutschland minus 7 Prozent und insgesamt minus 7,1 Prozent. Die Angebots-Nachfrage-Relation hat sich um 1,5 Prozentpunkte verschlechtert auf 99,1, also eine eindeutige Unterdeckung und keinerlei Aussicht auf das berufsbildungspolitisch allgemein als notwendig angesehene Überangebot von 12,5 Prozent, um den Jugendlichen, die betriebliche Ausbildung nachfragen, Auswahlmöglichkeiten anbieten zu können.

Es ist zwar richtig, dass das Angebot betrieblicher Ausbildungsplätze insbesondere abhängig ist von der Zahl der Arbeitsplätze und von der Wirtschaftskonjunktur. Beides entwickelt sich miserabel. Diese Entwicklung darf aber auf keinen Fall auf den Rücken der Jugendlichen abgeladen werden, die Ausbildungs-, Berufs-, soziale und Lebenschancen haben müssen. So viele von ihnen dürfen nicht am Beginn ihres aktiven Lebensweges in die Frustration gestoßen werden, indem ihnen Türen verschlossen werden, auf deren Offenheit sie Anspruch haben.

Deshalb stellt sich immer dringender die Frage, was einzelne Betriebe und Verwaltungen, was Dach- und Fachverbände der Wirtschaft, was die Gewerkschaften und nicht zuletzt was die politisch Verantwortlichen tun, um diesen schlechten Zustand und Abwärtstrend umzukehren.

In früheren Zeiten von äußerst angespannter Ausbildungsplatzsituation, etwa Anfang und Mitte der 80er Jahre, als hohe Schulabgängerzahlen auf eine schwache Wirtschaftskonjunktur trafen, galt der Grundsatz, dass auch der letzte und der zusätzlich einzelne betriebliche Ausbildungsplatz erkämpft werden musste. Aktionen der Arbeitsämter vor Ort, Ausbildungsplatzkonferenzen und Werbungsaktionen der Kammern und der Fach- und Branchenverbände der Wirtschaft waren selbstverständlich. Die Dachverbände und ihre Präsidenten, der DGB und seine Einzelgewerkschaften mit ihren Vorsitzenden und Verantwortlichen und die Bundes- und Landesregierungen mit ihren zuständigen Ministern waren engagiert vor Ort bei Betrieben und Verwaltungen, um „Klinken zu putzen“ für jeden einzelnen zusätzlichen Ausbildungsplatz.

Es ist höchste Zeit, eine Stabsstelle einzurichten oder damit zu beauftragen, Fehlentwicklungen bei der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen zu beseitigen

Diese konkreten und gezielten Aktivitäten waren erfolgreich, wie das Beispiel, dem andere hinzuzufügen sind, des damaligen verantwortlichen Ministers und dann Ministerpräsidenten Wolfgang Clement in Nordrhein-Westfalen gezeigt hat. In früheren schwierigen Ausbildungsplatzsituationen war es selbstverständlich, dass auch der Bundeskanzler und das Bundeskanzleramt sich konkret in die Werbung für betriebliche Ausbildungsplätze eingeschaltet haben. Die Bundesminister fuhren übers Land zu regionalen Ausbildungsplatzkonferenzen und anderen demonstrativen Maßnahmen, um die Chancengleichheit für die zukünftigen Auszubildenden spürbar zu verbessern.

Und heute? In den letzten Jahren? Wo sind die Lobby der Verantwortlichen für das Recht der Jugendlichen auf betriebliche Ausbildungsplätze und die ethische Verpflichtung der Unternehmen zur Ausbildung geblieben? Jeder Verantwortliche für die Ausbildungsplatzsituation kann sich auf diese Fragen seine eigene Antwort geben. Auch hier trifft das Wort von Altbundespräsident Roman Herzog zu, dass wieder ein Ruck durch unser Land gehen muss, um vielen Jugendlichen Chancengleichheit zu geben und ihnen nicht die Zukunft zu verbauen.

Es ist gut vorstellbar, und es ist auch möglich, dass Betriebe, Wirtschaft und Verwaltungen, dass die Arbeitsämter und die Gewerkschaften, dass die Bundesregierung und ihre verantwortlichen Minister, an ihrer Spitze der bisher immer hoch engagierte, nun mit einem ganz breiten Zuständigkeitsfeld ausgestattete Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Wolfgang Clement, ihren Einfluss mit Druck und Argumenten zur Geltung bringen, damit im Hinblick auf den zukünftigen Fachkräftebedarf wieder mehr betriebliche Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden. 1984 hatten wir allein in Westdeutschland 705.652 neu abgeschlossene Ausbildungsverträge (plus 191.764 in der DDR), am 30. September 2002 waren es in ganz Deutschland 570.568, also ein Verlust an Ausbildungsplätzen von rund 326.800.

Auch in den Jahren des hohen Ausbildungsplatzangebots gab es konjunkturelle und wirtschaftsstrukturelle Schwierigkeiten und Umbrüche. Offensichtlich waren in diesen Jahren das politische Verantwortungsgefühl und das konkrete Engagement deutlich ausgeprägter, als das in der heutigen Zeit der Fall ist. Die Leidtragenden dieser unzureichenden Aktivitäten sind viele junge Menschen, denen man das nicht glaubhaft erklären kann.

Deshalb ist es bereits allerhöchste Zeit, eine bundesweit agierende Stabsstelle einzurichten oder damit zu beauftragen, die Missstände und Fehlentwicklungen bei der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen zu beseitigen. Nur so kann die Politik ihrer Mitverantwortung für die berufliche Bildung und die Lebenschancen der jungen Menschen gerecht werden – ihnen ist nur mit zählbaren Erfolgen gedient. ■



HELMUT PÜTZ

Prof. Dr. phil., Generalsekretär des
Bundesinstituts für Berufsbildung, Bonn